

Unterbringung von Wohnungslosen in Friedrichsdorf nicht akzeptabel

Die Hessische Landtagsabgeordnete der LINKEN und sozialpolitische Sprecherin Christiane Böhm hat am heutigen Tag gemeinsam mit dem Friedrichsdorfer Stadtverordneten der LINKEN, Dirk Hoff zwei Wohnungen von Menschen in prekären Wohnsituationen besichtigt.

„Wir hatten heute die Möglichkeit, die Wohnsituation zwei psychisch kranker Frauen anzusehen und sind entsetzt darüber, dass die Stadt Friedrichsdorf so wenig Unterstützung anbietet. Im einen Fall haben wir Schimmel, nicht schließende Fenster, eine mehrstufige Eingangstreppe für eine Person, die auf Rollstuhl und Rollator angewiesen ist und eine wirkliche Miniwohnung von insgesamt 34 qm Größe vorgefunden. Besonders belastend war für die Dame, dass sie 10 Jahre darum kämpfen musste, bis die Kommune ihr einen Mietvertrag gegeben hat. In dieser Zeit wurden allerdings von dem Vermieter weder die maroden Fenster noch die alternde Haustüre ausgetauscht.“

Im zweiten Fall lebt die Dame seit anderthalb Jahren in einer verordneten Wohngemeinschaft. Das Zimmer war leer als sie einzog, in der Mini-Küche stand ein offener Kühlschrank voll verdorbener Essensreste und eine verzogene Spüle. Der Rest der „Möblierung“ waren Glühbirnen ohne Lampenschirme, aber mit freiliegenden Stromkabeln an der Decke. Es existiert für Sie keine spezielle Unterstützung von Seiten der Kommune, jemanden mit einer psychischen Erkrankung zu einer Wohnung mit einem festen Mietvertrag zu verhelfen. Es wird von Seiten der Stadt nur auf die hohe Anzahl der Wohnungssuchenden auf der Wohnungsbewerberliste hingewiesen.

Dirk Hoff und Christiane Böhm sehen die Stadt in der Verpflichtung, für bessere Hilfen bei der Versorgung von wohnungslosen Menschen gerade mit psychischen Erkrankungen zu sorgen. Christiane Böhm: „Wohnungslosigkeit muss durch wirksame Unterstützung verhindert bzw. So schnell wie möglich beendet werden. Dazu ist eine aufsuchende Arbeit durch die Stadt erforderlich. Besonders betont haben beide hilfeschenden Damen, dass sie eine wertschätzende Behandlung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wünschen.“ Dirk Hoff verweist auf seinen Antrag an die Stadtverordnetenversammlung: „Friedrichsdorf muss über das von der Koalition angestrebte Ziel von 75 neuen bezahlbaren Wohnungen dringend mehr für Menschen mit normalen oder geringen Einkommen tun, um diese Missstände anzugehen. Deshalb brauchen wir eine Sozialwohnungsquote in Höhe von mindestens 30 Prozent bei dem Verkauf von Flächen und der Ausweisung von Wohngebieten. Sonst werden die Belastungen durch Wohnungsnotfälle noch größer.“

DIE LINKE wird sich in Folge in der Stadtverordnetenversammlung Fragen zur Unterbringung von wohnungslosen Menschen widmen.